



Ökumenischer Migrationsdienst (ÖMD)

Ein Dienst in gemeinsamer Trägerschaft des
Caritasverbandes Karlsruhe e.V. und des Diakonischen Werkes Karlsruhe

Mitarbeiterinnen: Petra Mols (Teamleitung), Tel.: 0721 / 91243-19
p.mols@caritas-karlsruhe.de
Ines Aracic, Eva Dengler, Tamara Hillens, Nuriyet
Lopez-Olivares, Nicole Noack, Marek Schneider,
Jessica Tidde

Finanzierung: Eigenmittel der Träger, EU-Mittel, Bundesmittel,
Landesmittel, kommunale Mittel, kirchliche Mittel,
Spenden

1. Kurzbeschreibung des Arbeitsbereiches

Der Ökumenische Migrationsdienst (ÖMD), als kirchliche Fachberatungsstelle für Migrant*innen mit Wohnsitz in der Stadt Karlsruhe, ist seit 2012 Teil des Beratungs- und Familienzentrum Caritashaus. Seit 36 Jahren ist er Anlaufstelle für Personen mit migrationsspezifischen Fragestellungen. Über die Jahre veränderte und erweiterte sich das Beratungsangebot des ÖMD gemäß den Bedarfen der zuwandernden Menschen nach Karlsruhe.

Aktuell stehen den Kund*innen folgende Beratungsangebote zur Verfügung:

Flüchtlings- und Migrationsberatung:
100 % (Frau Aracic, Frau Mols, Frau Tidde)

Integrationsmanagement:
100 % (Herr Schneider)

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE):
50 % (Frau Aracic)

Soziale Beratung und Begleitung in den städtischen Übergangunterkünften:
100 % (Frau Noack, Frau Lopez Olivares, Frau Tidde)

Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen:
50 % (Frau Dengler)

Verwaltung/Clearing:
45 % (Frau Hillens)

Die fachlichen Beratungsaufgaben des ÖMD können wie folgt zusammengefasst werden: die integrative, aufenthaltsverfestigende und bei Bedarf rückkehrfördernde ganzheitliche Beratung und Begleitung von Migrant*innen. Somit können alle



Fragestellungen zum Thema Migration, - von der Einreise bis zur Ausreise, - innerhalb eines Dienstes fachspezifisch beraten werden.

Erste Anlaufstelle des ÖMD ist das Clearing, wo alle eingehenden Fragen angenommen, koordiniert und an den entsprechenden Fachberatungsdienst im ÖMD weitergeleitet werden. Die individuelle, vertrauliche und ergebnisoffene Beratung findet im Rahmen von offenen, externen und internen Sprechzeiten, sowie nach Terminvereinbarungen statt.

Corona bedingt konnten viele Beratungen nur per E-Mail, online oder telefonisch stattfinden. Die technischen Voraussetzungen für diese neue Form der Beratung waren gewährleistet und die Beratungsangebote waren durchgängig erreichbar. Mit der Zeit konnte auch wieder face-face-Beratung angeboten werden, nachdem ein Hygienekonzept entwickelt und „sichere Beratungsbereiche“ gerichtet worden waren.

Unterstützt und ergänzt wurde das Beratungsangebot des ÖMD durch die im Beratungs- und Familienzentrum Caritashaus ansässige diözesane Fachberatung Familienzusammenführung und weitere Fachberatungsdienste im Hause. Neben den hauptamtlich besetzten Fachberatungen organisierte der ÖMD unter Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen integrative Gruppenangebote für Migrant*innen, die aufgrund der Einschränkungen in 2020 teilweise pausierten oder spontan online angeboten wurden.

Zu Anfang 2020 konnte das Deputat „Soziale Beratung und Begleitung in den Übergangunterkünften (ÜU) der Stadt Karlsruhe“ auf eine Vollzeitstelle aufgestockt werden. Im ÖMD-Team wurden die damit verbundenen neuen Aufgabenstellungen integriert und alle Beratungsbereiche in die Versorgung der ÜU-Bewohnerschaft einbezogen.



Alle ÖMD Mitarbeiter*innen nahmen an der Schulung zur Onlineberatung des Deutschen Caritasverbandes teil und der ÖMD bietet seit April diesen Jahres Team-Onlineberatung für den Bereich Migration auf der Onlineplattform des DCV für den Bereich Karlsruhe an.

2. Darstellung der Arbeitsschwerpunkte im laufenden Jahr

In der **Flüchtlings- und Migrationsberatung** hat sich im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert. Allerdings nahm die Komplexität der Beratung nochmal zu. Die Hauptthemen waren nach wie vor Aufenthaltssicherung, Klageverfahren im Asylverfahren, sowie die Ableitung des Aufenthaltsrechts von aufenthaltsberechtigten Kindern. Hinzu kamen regelmäßig die Anfragen zur existenziellen Sicherung wie z.B. Jobverlust, Wohnungssuche, Ausfall der sozialen Leistungen u.v.m.

Bei in diesem Jahr eingereisten Kund*Innen, ist ein langsam steigender Anteil von jungen, unbegleiteten Frauen zu beobachten. Mit dieser Personengruppe kamen neue Beratungsthemen, wie Zwangsverheiratung, Beschneidung oder Menschenhandel auf. Neue Kooperationen auf kommunaler Ebene entwickelten sich um eine

gute Versorgung der Kunden zu diesen Spezialproblematiken gewährleisten zu können.

Ab Januar traten gesetzliche Änderungen in Kraft, die vor allem für geduldete Kunden große Veränderungen brachten. Wollten Kunden eine Ausbildungsduldung oder eine Beschäftigungsduldung beantragen, so waren verschärfte Bedingungen und Fristen bezüglich der Identitätsklärung einzuhalten. Diese neuen Regelungen brachten mehr theoretische als praktische Umsetzungsmöglichkeiten, da die Voraussetzungen realistisch nicht zu erfüllen waren.

Erschwerend kam die Situation der Pandemie hinzu und viele Ausreisepflichtige konnten weder die entsprechenden Urkunden zur Verbesserung ihrer Situation besorgen, noch konnten sie in die Herkunftsländer zurückkehren. Für viele ein auswegloser Stillstand ihre Aufenthaltsrechte betreffend.

Im Beratungsbereich der **Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE)** war die Anzahl der Kund*innen hoch, auch trotz aller Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen.

Bei vielen Kund*innen war der Lebensunterhalt ein zentrales Anliegen, - teilweise rein als Existenzfrage und teilweise als Voraussetzung für die Sicherung des weiteren Aufenthaltsrechtes, bzw. die Möglichkeit der Familienzusammenführung. Besonders stark waren mehrköpfige Familien mit Einverdienermodell von dieser Problematik betroffen. So konnten viele Kund*innen nicht die Unabhängigkeit von Transferleistungen erlangen, sondern waren durch Job-Verlust oder Kurzarbeit weiterhin auf ergänzende Leistungen angewiesen.

In diesem Jahr verbesserte sich der Wechsel der Zuständigkeiten von Ämtern Karlsruhe intern, z.B. durch Arbeitsaufnahme oder Änderung der Familienverhältnisse. Ein Wechsel von Zuständigkeiten Kommunen übergreifend, z.B. bei Ortswechsel oder Änderung der Wohnortauflage, verlief in 2020 sehr schwierig. Oft zeigte sich die Trägheit der Behörden, was sich für die Kund*Innen nachteilig auswirkte, weil Anträge verspätet bearbeitet wurden und dadurch Ansprüche verfielen.

Anfragen zur Familienzusammenführung waren dieses Jahr hoch. Und es war ein neues Problem zu erkennen und zwar die Unmöglichkeit der Einreise. Das gesamte Verfahren verzögerte sich, da die Fluggesellschaften, aber auch einige Botschaften komplett geschlossen waren. Unsere Kund*innen hatten Glück im Unglück, da noch nicht ausgestellte Visa unproblematisch später ausgestellt wurden und verfallene Visa im Rahmen der Nachvisierung kurzfristig erneut beantragt und ausgestellt werden konnten.

Das Beratungsangebot des **Integrationsmanagements** wurde an drei Tagen in der Woche in der Übergangsunterkunft der Bernsteinstraße 13 angeboten. Die Bewohner*innen nutzten das Angebot weiterhin regelmäßig. Die neuzugezogenen Personen wurden durch die Wohnheimleitung und den Integrationsmanager in Empfang genommen. Im anschließenden Erstgespräch wurden erste Schritte und Behördengänge in Karlsruhe erläutert.

Die Hauptherkunftsländer der neuzugezogenen Flüchtlinge waren: Syrien (19%), Afghanistan und Nigeria (11 %) und Eritrea bzw. Sudan (jeweils 6%). 68% der Ratsuchenden waren Männer, 32 % Frauen.

Die Hauptaufgaben lagen in der Ämter - und Behördenbegleitung und der Organisation der medizinischen Versorgung.



Viele der Kund*innen im Integrationsmanagement waren besonders vulnerable Personen, - oft mit schwerwiegenden chronischen Erkrankungen. Der reibungslose Ablauf des Antragsverfahrens bei Behörden war somit sehr wichtig, um einen schnellen Versicherungsschutz und eine entsprechende medizinische Versorgung gewährleisten zu können.

Für die Begleitung bei Behördengängen konnten drei ehrenamtliche Mitarbeiter*innen neu gewonnen werden, von denen zwei selbst einen Fluchthintergrund haben und die arabische Sprache beherrschen.

Das Beratungsangebot „**Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen**“ richtet sich an rückkehrinteressierte Drittstaatsangehörige aus Karlsruhe-Stadt und ist bereits seit 2008 beim Ökumenischen Migrationsdienst (ÖMD) angesiedelt. Seit Januar 2019 ist die Rückkehrberatung des Caritasverbands Karlsruhe Teil des Kooperationsprojektes „Rückkehrberatung Netzwerk Rhein-Neckar Plus“ (Lead-Agency: Caritasverband Mannheim) und wird durch eine EU-Zuwendung durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) mit kommunalen und Landesmitteln kofinanziert.



Das Angebot der Rückkehrberatung umfasst eine ausführliche und individuelle Beratung von Drittstaatsangehörigen, wohnhaft im Stadtbezirk Karlsruhe zur Rückkehr in das Heimatland bzw. Weiterwanderung in einen aufnahmebereiten Drittstaat. Dies beinhaltet die Beratung zu persönlichen Perspektiven sowie aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situationen in den Heimatländern und die Vorbereitung und Organisation der Rückreise.

Ebenso werden die rückkehrinteressierten Personen über individuelle und nachhaltige Fördermöglichkeiten und -programme informiert und durch diese bei der Rückkehr und Reintegration unterstützt. Dabei wird die Rückkehr jeweils intensiv vorbereitet und teilweise Existenzgründungen sowie reintegrationsvorbereitende Maßnahmen durchgeführt. Die Beratung ist ergebnisoffen und vertraulich.

In der **Sozialen Beratung und Begleitung in der Übergangsunterkunft (ÜU)** in der Bernsteinstraße 13 konnten die bestehenden Angebote wie Kindertreff und Soziale Beratung und Begleitung fortgeführt werden. Während des Lockdowns setzte sich die Beratung per Telefon durch. Diese war intensiver und fand in beide Richtungen statt. Außerdem wurden folgenden Aktivitäten in den ÜU durchgeführt:

- Der Kindertreff war durchgängig gut besucht.
- Aufgrund der Pandemie Einschränkungen musste die Krabbelgruppe geschlossen werden. An ihre Stelle trat das Angebot für Vorschulkinder mit dem Ziel der Sprachschulung und der Verbesserung der Grob- und Feinmotorik. Eine pädagogische Fachkraft koordinierte die Angebote.
- Im ersten Lockdown wurde die Hausaufgabenhilfe in ein Online-Angebot umstrukturiert. Ehrenamtliche bildeten Tandems mit Familien in der ÜU.
- Ergänzend wurden die Kinder der ÜUs im Rahmen einer Osteraktion mit Geschenken, Bastel- und Spielmaterial für die Osterferien versorgt.
- Seit Juni 2020 fand das „Männer-Café“ zweimal pro Monat in Kooperation mit der Gemeinschaft Lavigerie statt.
- Im August wurde das Sommerprojekt für die Kinder der ÜU Bernstein- und Gartenstraße durchgeführt. Die Kinder von beiden ÜUs haben Bastelmaterial bekommen. Außerdem gab es 6 Termine, bei denen die Kinder Instrumente und verschiedene Handarbeiten ausprobieren konnten.

- Der Start des Projektes „die ÜU geht online“ (angeleitete Onlinenutzung in der Übergangsunterkunft) wurde für Anfang 2021 geplant und vorbereitet
- Zu den Arbeitsschwerpunkten 2020 gehörte außerdem die Vernetzung und Zusammenarbeit mit externen Akteuren. Anfang des Jahres konnten 7 Bewohnerinnen in einen vom Büro für Integration (Bfi) initiierten Sprachkurs mit der für die Mütter notwendigen Kinderbetreuung vermittelt werden.
- Außerdem startete erneut ein Sozialkompetenz-Training mit einer Gruppe von 8 Kindern aus der ÜU Bernsteinstraße.
- Auch das MUIMI Projekt für afghanische Frauen in Kooperation mit dem Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten e.V. wurde weitergeführt und im September abgeschlossen.
- Während der interkulturellen Woche fand in Kooperation mit Werkraum e.V. ein Theaterprojekt statt. 10 Kinder nahmen daran teil und präsentierten ihren Familien am Ende der Woche in einer kleinen Aufführung, was sie während des Workshops erarbeitet hatten.
- Erfreulicherweise konnte eine interkulturelle Elternmentorin für die Bernsteinstraße gewonnen werden, die sich im Oktober bei einem kleinen Elternabend vorstellte und erste Kontakte zu den Eltern knüpfte.
- Darüber hinaus wurde 2020 gemeinsam mit der Gewaltschutzbeauftragten Fr. Köpf an der Entwicklung eines Gewaltschutzkonzept für die ÜUs gearbeitet. Hierzu gab es bereits eine Begehung der Unterkünfte Bernstein- und Gartenstraße, sowie eine Befragung der Ehrenamtlichen.
- Regelmäßige Austauschtreffen mit dem Büro für Integration zum aktuellen Stand des Wohnraumkonzepts fanden ca. alle 3 bis 4 Monate statt.

3. Was uns dieses Jahr besonders aufgefallen ist

Die Beratungskomplexität bei den Kund*Innen in der **Flüchtlings- und Migrationsberatung** stieg nochmals an. Gefühlsmäßig erreichten uns die Kund*Innen oftmals „zu spät“, - oft waren alle rechtlichen Mittel verfristet oder Alternativmöglichkeiten schon ausgeschöpft. Die Frage der Aufenthaltsverfestigung blieb allzeit präsent. Die Hauptberatungsanliegen bezogen sich auf die Sicherung einer Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung, sowie auf die Möglichkeiten zum Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund besonderer Integrationsleistungen (§§ 25a, 25b AufenthG).



Bei allen Alternativen bzgl. eines Aufenthaltsrechtes war der Punkt der Passbeschaffung ein zentrales Thema. Die strikten Vorgaben zur Identitätsklärung durch fristgerechte Vorlage eines Pass waren für viele Kunden nur schwer umsetzbar, - zum einen wegen geschlossener Auslandsvertretungen und zum anderen wegen fehlender Reisemöglichkeiten in die Herkunftsländer. Die Beratungsstelle war ganzjährig erreichbar und beriet online per Telefon oder Mail oder in face-to-face-Terminen an den dafür eingerichteten sicheren Beratungsplätzen.

Trotz breitem Themenspektrum in der **Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE)** waren zwei Themenbereiche wie schon im Vorjahr vielfach angefragt: Existenzsicherung und Familienzusammenführung.

Dieses Jahr, mehr als in Vorjahren, fragten die Kund*Innen nach den Möglichkeiten des Familiennachzuges ihrer weiteren Verwandten (volljähriger Kinder, älterer Eltern oder alleinstehende Verwandte). Die Mehrheit entschied sich dazu aufgrund der

schlechten Situationen in Herkunftsländern (Krieg, politische Auseinandersetzungen, COVID-19 usw.).

Die MBE Beraterin bemerkte die ansteigenden Fragestellungen zur Aufenthaltsbes-
serung und zu Möglichkeiten eines Aufenthaltsrechtes für Ehepartner, die in
Deutschland heirateten und kein Visumverfahren nachholen mochten.

Corona bedingt, durch Kurzarbeit oder Jobverlust sprachen in der MBE vermehrt
Personen in prekären Lebenslagen vor. Oftmals standen diese Problematiken in Zu-
sammenhang mit einem starren bürokratischen Vorgehen, welches nicht angemes-
sen auf die Dynamik in Pandemiezeiten reagierte. Konnten die Kund*innen beispiels-
weise einen ersten Stolperstein, wie die rechtzeitige Verlängerung der Aufenthaltser-
laubnis, nicht aus dem Weg räumen, so folgen sehr schnell weitere Restriktionen wie
die Einstellung der sozialen Leistungen und nicht selten drohte in Kürze Obdach-
losigkeit.

Im Januar 2020 fand ein Abstimmungstreffen zwischen dem **Integrationsmanager**,
der Ausländerbehörde und dem Jobcenter statt. Das positive Gespräch hatte zum Er-
gebnis, dass neueingereiste Resettlement-Flüchtlinge bereits im Vorfeld vom Integra-
tionsmanager beim Jobcenter angemeldet werden konnten, sodass ein zügiger und
reibungsloser Ablauf bei der Leistungsgewährung und Krankenversicherung gewähr-
leistet war. Auf Grund der Pandemie und fehlender Einreisemöglichkeiten konnte die-
ses neue Vorgehen noch kaum erprobt werden.

Im zweimonatigen Lockdown konnten sich die Kund*innen telefonisch oder per Mail
an den Integrationsmanager wenden. Diese Beratungsform wurde gut angenommen
und es konnten in dieser Zeit 119 Beratungskontakte online durchgeführt werden.

Seither wird ein bis zwei Mal wöchentlich, vormittags,
ein „Clearing“ in der ÜU angeboten. Das „Clearing“
hat die Funktion, im Rahmen der Eindämmung der
Pandemie, die persönlichen Kontakte auf notwendige
Beratungen zu beschränken. Der Berater entscheidet
je nach Anliegen des Kunden ob eine online-Beratung
ausreichend ist oder eine face-to-face Beratung im
Büro des Integrationsmanagers erforderlich ist.



Die gute Zusammenarbeit mit der Wohnheimleitung in dieser „besonderen Zeit“ war
wichtig und hilfreich. Aufgrund von Renteneintritt wechselte die Wohnheimleitung, -
die gute Abstimmung konnte erhalten werden.

Es war in der Krise eine bemerkenswerte Verselbständigung mancher Kunden zu be-
obachten. Diese Erfahrung zeigte, dass eine kontaktlose Beratung möglich ist und im
Sinne der Förderung der Eigenständigkeit der Kunden wünschenswert bleibt.

Die Inhalte der Beratungen unterschieden sich kaum von der Zeit vor der Krise: Woh-
nungssuche, Gesundheit, ausländerrechtliche Fragen, soziale Leistungen, Familien-
nachzug (geschlossene Grenzen). Stets vor dem Hintergrund, wie eine Klärung in
Zeiten von Corona möglich ist. Auffällig war, dass viele Kund*innen besorgt waren
wenn Post von Ämtern einging. Ihre sonstigen Lösungsstrategien der persönlichen
Vorsprache waren nicht möglich und für telefonisches Nachfragen reichten oft die
Deutschkenntnisse noch nicht aus. Hier war die Clearing-Sprechzeit vor Ort in der
ÜU sehr hilfreich.

Es ist festzuhalten, dass die Bewohner der Übergangswohnheime sehr achtsam und
verständnisvoll in dieser schwierigen Zeit waren.

Die **Rückkehrberatung** wurde auch im Jahr 2020 regelmäßig von rückkehrinter-
essierten Personen und verschiedenen Institutionen und Akteuren kontaktiert. Der

Beratungsbereich war fast das ganze Jahr erheblich von den Einschränkungen der Corona-Pandemie betroffen. Rückreisen waren über Wochen nicht mehr durchführbar, da der Flugverkehr größtenteils gestoppt wurde und Ein- und Ausreisen nicht möglich waren.

Das Beratungsangebot und die Erreichbarkeit der Einrichtung wurden beständig den Gegebenheiten angepasst. So war die Beratungsstelle jederzeit erreichbar und Beratungen konnten, wenn nötig per E-Mail, online oder per Telefon stattfinden. Die technischen Voraussetzungen für diese neuen Herausforderungen waren gewährleistet und eine intensive Einarbeitung in das Themenfeld Onlineberatung wurde durchgeführt.

Im Laufe des Jahres konnte wieder die Möglichkeit von Face-to-Face-Beratungen geschaffen werden. Hierfür wurde ein umfassendes Hygienekonzept in der Einrichtung entwickelt, die den Kund*innen und Mitarbeiter*innen ein hohes Maß an Sicherheit bieten konnte.

Während der Corona-Pandemie wurden die Kund*innen mit allen wichtigen und aktuellen Informationen versorgt und sie konnten sich jederzeit an die Beratungsstelle wenden und sich zu ihrer persönlichen Situation beraten lassen.

Die Zusammenarbeit und der Austausch im Netzwerk Rhein-Neckar-Plus steigerte die fachliche Qualität der Beratung und stellte einen verbesserten Zugang zu fundierter Information für die Beratungen sicher. Für die Zielgruppe konnte so eine Verbesserung erreicht werden.

Neue Zielgruppen für Strukturmaßnahmen konnten akquiriert werden, um auch weiterhin den Zugang zu Informationen und die Erreichung von projektspezifischen Zielen für die Zielgruppe zu verbessern.

Besonders aufgefallen ist in diesem Jahr, dass die **soziale Beratung und Begleitung in den Übergangsunterkünften** sich durch immer neue Anforderungen ständig weiter entwickelte. Aufgrund von Ein- und Auszügen oder durch familiäre Änderungen veränderten sich die Bedürfnisse der Bewohnerschaft ständig. Aber auch externe Einflüsse, wie der Wechsel der Ehrenamtlichen und der Wohnheimleitung, Neuerungen in externen Angeboten oder die sich ändernden Corona bedingten Einschränkungen hatten Einfluss auf die Schwerpunkte in der Gruppen- und Beratungsarbeit. Eine Herausforderung bestand in diesem Bereich daher darin, flexibel zu bleiben, um sich den jeweiligen Anforderungen gezielt anpassen zu können.

In der Sozialen Beratung und Begleitung in den Übergangsunterkünften wurde die Arbeit in den ÖMD-internen Gruppenangeboten und in der damit verbundenen sozialpädagogischen Beratung trotz Corona weiterhin und sogar intensiver durchgeführt, was viel Energie und Beweglichkeit einforderte, um die Bedürfnisse von unseren kleinen und größeren Kund*innen zu erfüllen. Motivierte und engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter*innen haben diese Aufgabe ermöglicht und erleichtert.

Auffällig im Jahr 2020 war, dass es, wie aus der oben gemachten Beschreibung der Arbeitsschwerpunkte hervorgeht, viele Projekte gab, die in Kooperation mit externen Anbietern durchgeführt wurden. Und obwohl diese auf Grund der Corona-Maßnahmen teilweise bis zu 4 Monate pausieren mussten, oder die Planung auf Grund ständig wechselnder Bedingungen erschwert war, konnten die Projekte am Ende erfolgreich abgeschlossen werden.



Aufwärmen zum Theater-Projekt

Neu waren außerdem die regelmäßigen Austauschtreffen mit dem Büro für Integration. Die Abstimmung der konzeptionellen Arbeit wurde dadurch vertieft, sodass Anregungen, die z.B. im Rahmen der Risikoanalyse für das Gewaltschutzkonzept aufkamen, möglichst zeitnah umgesetzt werden konnten.

4. Das Wichtigste zusammengefasst

Die Fragen zur Passbeschaffung in der **Flüchtlings- und Migrationsberatung** nahmen im Laufe des Jahres deutlich zu. Dieses Thema war genauso wichtig für die Aufenthaltsverfestigung wie auch für die Erteilung von Rechten wie z.B. dem Recht zur Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme. Im Laufe des Jahres konnten endlich die Sprachkurse für Kunden, die keinen Anspruch auf einen Integrationskurs durch das BAMF haben, angeboten werden.

Es handelte sich um kommunal geförderte VwV-Deutschkurse, die von der Stadt Karlsruhe organisiert wurden und sogar das Angebot der Kinderbetreuung beinhalteten.

Eine Prognose für das kommende Jahr ist in dieser Zeit recht schwer zu stellen. Die Beraterinnen gehen davon aus, dass sich die Möglichkeiten der Identitätsklärung über Auslandsvertretungen in Deutschland verbessern werden, sodass Drittstaatler eine Chance bekommen, für Deutschland eine Arbeitserlaubnis und daraus resultierend eine Bleibeelaubnis zu erwirken. Darüber hinaus hoffen sie, dass die Aufnahme über humanitäre Aufnahmeprogramme wieder anläuft und beispielsweise „Seenot-Gerettete“ wieder mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Die **Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer** wurde trotz der teilweisen Umstellung auf online-Beratung weiterhin sehr intensiv genutzt. Nach wie vor ist das Thema der Familienzusammenführung ein zentrales Anliegen vieler Kund*Innen. Noch präsenter war dieses Jahr das Thema Existenzsicherung, denn viele Kund*Innen befanden sich nach dem Lockdown im Frühjahr in einer schwierigen finanziellen Situation.

Als ganz neue Fallkonstellationen in diesem Jahr gab es die Gruppe der sogenannten „Corona-Gestrandeten“. Dies waren Kund*Innen, deren Visa oder Aufenthaltstitel abgelaufen waren und die aufgrund der Corona Beschränkungen weder die Möglichkeit hatte ihre Aufenthaltsrechte zu klären, noch die Aus- bzw Rückreise antreten zu können.

Die Möglichkeiten des neu geltenden Fachkräftezuwanderungsgesetzes konnten nicht in vollem Umfang genutzt werden, da der Arbeitsmarkt in Pandemiezeiten sehr instabil war. Die Anfragen waren da, auch mehrmals direkt aus dem Ausland, aber die Arbeitssuche war für viele unter diesjährigen Umständen einfach zu schwer. Für nächstes Jahr bleibt ein Anliegen der MBE drauf zu achten, dass das Case Management nicht nur intern funktioniert, sondern auch lokal, v.a. in Zusammenarbeit mit verschiedenen Behörden wahrgenommen wird.



ÖMD-Team mit Abstand (v.li.):
Nicole Noack, Marek Schneider, Ines Aracic,
Nuriyet Lopez Olivares, Petra Mols, Jessica Tidde,
Eva Dengler

Das **Integrationsmanagement** ist in den Übergangunterkünften ein wichtiger Anlaufpunkt für die Bewohner*Innen. Es hat sich gezeigt, dass die Wohnungssuche weiterhin das alles bestimmende Thema in den Übergangunterkünften darstellt. Die Wohnungssuche gestaltet sich für die Bewohner*Innen als sehr schwierig. Es ist in der Zukunft ein stärkeres Engagement des Fachbereiches der Wohnungssicherung der Stadt Karlsruhe geplant, um die Bewohner*Innen in eigenen Wohnraum zu bringen. Die Organisation des Krankenversicherungsschutzes und der Bezug von Leistungen für Neuzugezogene hat sich durch das Kooperationsgespräch mit dem Jobcenter der Stadt Karlsruhe und der Ausländerbehörde, spürbar vereinfacht. Die Arbeit im Integrationsmanagement stand dieses Jahr, auf Grund der Corona-Krise, vor besonderen Herausforderungen. Es bleibt festzuhalten, dass die Aufgaben in guter Zusammenarbeit mit der Wohnheimleitung und den meisten städtischen Behörden erfolgreich gelöst wurden.

Der Beratungsbereich „**Rückkehrberatung und Rückkehrhilfen**“ stand auch unter den Pandemiebedingungen im Jahr 2020 umfassend zur Verfügung. Die beratenen Kund*innen hatten aus unterschiedlichen Gründen den Wunsch dauerhaft und meist auch gut vorbereitet in das Heimatland zurückzukehren. So ließen sich Kund*innen beispielsweise infolge fehlender individueller Perspektiven in Deutschland, familiärer oder gesundheitlicher Gründe, aufgrund von Heimweh aber auch wegen bestehenden Ausreiseverpflichtungen beraten. Aufgrund der Pandemiebedingungen waren die Reisemöglichkeiten stark eingeschränkt, dennoch konnte der Kontakt zu den rückkehrinteressierten Kund*innen beständig gehalten werden. Wie auch im Vorjahr wurden mehrfach Personen aus dem vulnerablen Personenkreis beraten. Mehrere Personen waren schwer krank, was einen deutlich umfangreicheren Beratungsaufwand nach sich zog. Teilweise befanden sich die Personen stationär in Kliniken und die Beratungen mussten vor Ort durchgeführt werden. Im Jahr 2020 wurde die digitale Vernetzung deutlich ausgebaut und intensiv genutzt. Die neuen Möglichkeiten in der Kommunikation und der Vernetzung mit Organisationen in weit entfernten Ländern und der Zusammenarbeit im „Netzwerk Rhein-Neckar Plus“ führten zu einer Sicherung und Steigerung der fachlichen Qualität der Beratungsarbeit.

Da die Arbeit in den **Übergangunterkünften** von Gruppenangeboten lebt, war diese im Jahr 2020 auf Grund der Corona-Maßnahmen deutlich erschwert. Und dennoch konnten vielfältige Angebote für unterschiedliche Zielgruppen umgesetzt werden. Auch die Beratung der Bewohner*innen war kontinuierlich sichergestellt. Zeitweise musste diese auf Telefon- und Onlineberatung beschränkt werden, wurde aber als persönliche vor Ort Beratung wieder aufgenommen, sobald die Rahmenbedingungen geschaffen waren. Rückmeldungen der Eltern in der ÜU B13 zeigten deutlich, dass der etablierte Kindertreff mit Hausaufgabenbetreuung ein sehr wichtiges Angebot vor Ort darstellt und es von Seiten der Eltern großen Bedarf gibt, dass dieses Angebot für ihre Kinder bestehen bleibt und nach Möglichkeit weiter ausgebaut wird. Die Arbeit in der Vorschulgruppe zeigte ebenso, dass die Kinder unter 7 Jahre eine stärkere Unterstützung bei der Übung und Verbesserung der deutschen Sprache brauchen, da viele von ihnen lange Zeit die Kindertagesstätten nicht besuchen durften und zu Hause nur ihre Muttersprache sprechen konnten.

Ines Aracic, Eva Dengler, Tamara Hillens, Nuriyet Lopez Olivares, Petra Mols, Nicole Noack, Marek Schneider

Jahresstatistik 2020 Beratungs- und Familienzentrum Caritashaus
Ökumenischer Migrationsdienst (ÖMD)

Beratungskontakte:

Kund*innen	Beratungskontakte
361	3.528

hinzu kommen: (statistisch nicht ausgewertet)	
Online-Kund*innen	Beratungskontakte
101	224

5-Jahres-Vergleich „Kund*innen“:

2016	2017	2018	2019	2020
324	384	416	454	361

5-Jahres-Vergleich „Beratungskontakte“:

2016	2017	2018	2019	2020
2.893	4.176	4.000	3.526	3.528

Beratungsbereiche (Mehrfachnennungen möglich):

Allgem. Fragen	Arbeit	Aufenthalt	Problem mit Behörde	Beziehungsproblem	Finanzen	Gesundheit	Statusrechtl. Fragen	Wohnen	Sonstiges
0	61	76	138	22	71	38	204	43	88

Geschlecht:

männlich	weiblich
254	135

Alter:

bis 18	19-25	26-35	36-50	51-65	über 65	keine Angaben
22	78	86	125	40	9	0

Familienstand:

ledig	verheiratet	Lebens-Partnerschaft	verwitwet	getrennt lebend	geschieden	keine Angaben
141	130	6	8	7	25	44

Einkommen (Mehrfachnennungen möglich):

Lohn	Alg 1	Alg 2	Sozialhilfe	Krankengeld	Unterhalt	Rente	Sonstiges	keine Angaben
57	1	53	3	0	0	5	0	242

Zugang durch:

Eigeninitiative	Familie / Freunde	andere Berat. Dienste	Arbeitgeber	Arzt / Krankenkasse	Behörde	Kirche	Medien	Sonstige	keine Angabe
67	52	32	2		64	18	4	22	100